

Dr. Gregor Gysi

- (A) niert, liegt das auch an den völlig unzureichenden Vorschlägen aus der EU. Dafür tragen Sie eine Mitverantwortung.

(Beifall bei der LINKEN)

Was hat die EU vorgeschlagen? Finanztransfers von 7,2 Milliarden Euro ab 2020. Das ist lächerlich. Die Weltbank, keine linke Einrichtung, hat gesagt: Es müssen 100 bis 150 Milliarden Euro jährlich sein. Aber nichts davon hat die EU beschlossen. Was hat die EU gesagt? Sie will den Klimagasausstoß um 20 Prozent reduzieren und unter bestimmten Bedingungen – Sie haben sie genannt – sogar um 30 Prozent. Jetzt sage ich Ihnen: Heute entsprechen 30 Prozent den 20 Prozent von vor der Krise. Es ist keine gewaltige Leistung, die dort angeboten wird. Wir brauchen ein Minderungsziel von 40 Prozent bis zum Jahre 2020 gegenüber 1990. Anders werden wir die Klimakatastrophe nicht verhindern. Wenn wir diese Reduzierung nicht hinkriegen, werden wir eine Erderwärmung erleben, die sich nicht auf 2 Grad begrenzen lässt, sondern bei 3,5 Grad oder, wenn alle so weitermachen wie bisher, sogar bei 6,5 Grad liegen wird, was zu unbeschreiblichen Katastrophen führen würde.

Frau Bundeskanzler, Sie haben ein langfristiges Ziel für den Zeitraum bis zum Jahre 2050 formuliert. Wenn aber bei den Verhandlungen in Kopenhagen für den Zeitraum bis 2020 nichts herauskommt, dann ist die Konferenz schon gescheitert; denn das Ziel bis 2050 ist viel zu langfristig. Dann werden wir das Ziel hinsichtlich der Verhinderung der Erderwärmung nicht erreichen.

- (B) Nun sprechen wir einmal von **Deutschland** und dem Ziel, die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu mindern. Ich habe nichts dagegen, dass Sie dieses Ziel verkünden; aber der Ehrlichkeit halber hätten Sie, Frau Bundeskanzler, noch erwähnen können, dass die Emissionsminderungen wegen der Deindustrialisierung des Ostens hervorragend gelingen können. Nur deswegen sind solche Ziele für Deutschland überhaupt zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage noch einmal: Bei den Zahlungen an die **Entwicklungsländer** kann es nicht um eine einmalige Zahlung gehen. Es kann auch nicht, wie Herr Niebel meint, um eine Zahlung gehen, bei der man etwas, was schon einmal versprochen wurde, einfach umtütet. Vielmehr muss es um jährliche Zahlungen gehen. Wozu dient der Finanztransfer? Der Norden muss den Süden dafür bezahlen, dass dieser weniger ausstößt, als bei ungebremseter Entwicklung wahrscheinlich wäre. Dafür gewinnen wir hier im Norden Zeit, die wir brauchen, um den ganzen Strukturwandel abfedern zu können. Um es klar zu sagen: Es geht nicht um Almosen an Entwicklungsländer.

Texas bläst heute noch so viel Treibhausgase in die Luft wie ganz Afrika; das ist die Wahrheit. Die Entwicklungsländer müssen mithilfe der Industriestaaten bei ihrer Energieversorgung – im Unterschied zu Europa und Nordamerika – die fossile Phase überspringen oder sie wenigstens schnell hinter sich lassen, damit sie in Zu-

kunft nicht derartige Umweltschäden anrichten, wie sie durch Europa und Nordamerika bereits angerichtet worden sind. Es geht also um Hilfe für die Menschheit, um Hilfe für uns selbst. Schon deshalb ist jede Zurückhaltung skandalös.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beseitigung der durch Überflutungen und Versalzen der Böden verursachten Schäden ist viel teurer als das, was wir jetzt an Geld einsetzen müssten, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Es ist also unser Eigeninteresse, wie es auch unser Eigeninteresse ist, zu verhindern, dass die großen Urwälder dieser Erde für immer verschwinden.

Hier gibt es einmal ein konkretes Angebot von **Ecuador**. Wo bleibt denn da die Antwort der Bundesregierung? Ecuador hat einen riesigen Urwald, darunter liegt sehr viel Erdöl. Das Land hat nun die Möglichkeit, das Öl zu fördern; dann wäre es ökonomisch versorgt. Ecuador ist das erste Land, das der internationalen Gemeinschaft einen anderen Weg anbietet und sagt: Wir lassen den Urwald stehen, wenn ihr uns den Schaden zahlt, den wir dadurch haben, dass wir das Erdöl nicht gewinnen. Wo bleiben die Antworten? Ich muss sagen, dass Frau Wieczorek-Zeul zumindest noch freundliche, wohlwollende Briefe geschrieben hat; von Herrn Niebel wage ich das gar nicht zu erhoffen. Das ist das Problem, mit dem wir es hier zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):
Herr Präsident, ich bin sofort fertig.

Die USA müssen klare Verbindlichkeiten eingehen. Wenn die USA dies tun, wird es China auch tun.

Herr Röttgen, ich sage Ihnen als Umweltminister eins: Wenn Sie so weitermachen und denken, neue Kohlekraftwerke und die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke lösten unsere Probleme, dann sage ich Ihnen: Das Ganze geht schief.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Braunkohleverstromung in Brandenburg!)

Sie haben von den erneuerbaren Energien nichts verstanden; das ist das Problem.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, will ich das **Ergebnis der Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums** bekannt geben. Abgegebene Stimmkarten 572, alle gültig. Enthalten haben sich drei Kolleginnen und Kollegen. Von den gültigen Stimmen entfielen auf Peter Altmaier 528, Clemens

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Binninger 525, Manfred Grund 526, Stefan Müller 511, Michael Hartmann 504, Fritz Rudolf Körper 503, Thomas Oppermann 486, Christian Ahrendt 526, Hartfrid Wolff 517, Wolfgang Nešković 294, Hans-Christian Ströbele 326 Stimmen.¹⁾

Die gerade von mir genannten Kolleginnen und Kollegen sind mit Ausnahme des Kollegen Nešković alle mit der erforderlichen Mehrheit gewählt, die ich vorhin mitgeteilt habe.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes ist die Mehrheit von 312 Stimmen erforderlich. Diese hat der Kollege Nešković nicht erreicht.

Wir setzen die Debatte fort.

Das Wort hat der Kollege Dr. Christian Ruck.

(Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE] begibt sich zum Präsidium)

– Das machen wir dann sofort anschließend. Dann fahren wir mit möglichen Geschäftsordnungsüberlegungen fort.

Der Kollege Christian Ruck hat nun das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gysi, ich fand Ihre Ausführungen nicht nur platt und konfus, Sie sind auch erstaunlich wenig informiert, wenn es um bestimmte Details geht. Zum Beispiel ist die Diskussion über den Urwald in Ecuador, die wirklich stattgefunden hat, vollkommen an Ihnen vorbeigegangen, und auch mit den letzten Beschlüssen des EU-Rates sind Sie nicht wirklich vertraut. Ich kann mir den Hinweis nicht verkneifen, dass bei jeder Klimadebatte zunächst einmal die klimapolitischen Altlasten des real existierenden Sozialismus ausgeräumt werden mussten. Da hatten wir einiges zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Einen Tag vor dem Ende der Kopenhagener Konferenz ist es in der Tat noch nicht klar, ob wir zu einem Abschluss kommen. Der Erfolg steht auf Messers Schneide. Es sind noch dicke Bretter zu bohren. Ich möchte die dänische Präsidentschaft ausdrücklich bitten, die Flinte nicht zum falschen Zeitpunkt ins Korn zu werfen, sondern alles zu tun, damit dieses Treffen der Staats- und Regierungschefs in seiner entscheidenden Phase doch noch ein Erfolg wird.

Wir wünschen unserer Kanzlerin viel Fortune dabei, die Steine in gewohnter Erfolgsmanier aus dem Weg zu räumen. Wir haben mit unserer Delegation in Kopenhagen gespürt, wie sehr die Hoffnungen in Kopenhagen

auf Ihnen ruhen, Frau Bundeskanzlerin, und wir wünschen Ihnen viel Erfolg. Aber den Erfolg müssen alle wollen, nicht nur die Deutschen und nicht nur die Europäer. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die EU ist zweifellos Vorreiter in den Kopenhagener Klimaschutzverhandlungen. Die EU hat die weitestgehenden Vorschläge gemacht, die konkretesten Zahlen und auch die deutlichste Bereitschaft für eine politische Einigung vorgelegt. Wenn alle so mitziehen würden, dann könnten wir schon heute viel weiter sein, als wir es tatsächlich sind.

Deutschland hat weltweit die anspruchsvollsten Klimaziele, nämlich eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020, vorgelegt, und, Herr Gysi, auch konkrete Sofortmaßnahmen für die Entwicklungsländer zwischen 2010 und 2013, nämlich zusätzlich 1,2 Milliarden Euro von Deutschland und 7,2 Milliarden Euro von der gesamten Europäischen Union. In der EU wurden auch konkrete Hilfen in Form eines 100-Milliarden-Pakets bis zum Jahr 2020 vereinbart. Das scheint an Ihnen bisher vorbeigegangen zu sein.

Ich möchte auf die unselige Diskussion „Armut gegen Klima“ eingehen. Für Entwicklungspolitiker – auch nicht für die der letzten Großen Koalition, die in der Entwicklungspolitik nicht ganz erfolglos war – ist folgende Wahrheit nichts Neues: **Klimaschutz** und **Armutsbekämpfung** sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist völlig unsinnig, irgendwelche Zahlen wie eine Monstranz vor sich herzutragen und das eine gegen das andere auszuspielen. Die Wahrheit ist, dass man die notwendige Hilfestellung für Entwicklungsländer, um Armut zu bekämpfen und Klimaschutz in den Entwicklungsländern zu betreiben, bereitstellen muss. Man muss auch seriös mit der Frage umgehen: Wie viel Geld ist überhaupt nötig? Herr Kelber, in dieser Frage ging es in Kopenhagen drunter und drüber. Das haben auch die Mitglieder Ihrer Delegation festgestellt. Chávez und andere sagen: 300 Milliarden pro Jahr ab 2020. Andere gehen noch weiter. Ich glaube, wir sollten uns auf dieses postkoloniale Spiel nicht einlassen. Wir stehen zur ODA-Quote, und wir stehen zum Klimaschutz; aber wir sind dagegen, dass man immer wieder den Versuch unternimmt, das eine gegen das andere auszuspielen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was wir brauchen, ist eine realistische Einschätzung des Finanzbedarfs. Das ist schwierig. Auch für Fachleute ist es schwierig, den Finanzbedarf für 2020 einzuschätzen. Ich möchte davor warnen, Musterdemokraten wie Chávez oder der sudanesischen Regierung auf den Leim zu gehen. Ich glaube, das bringt nichts. Was wir brauchen, sind Verhandlungspartner, die verantwortungsbewusst sind, auch in den Entwicklungsländern. Natürlich dürfen wir uns den notwendigen Hilfen nicht verschließen.

Ich möchte Ihnen einmal vorlesen, was Ihr Noch-Kollege Verheugen gesagt hat – er hat in einer realistischen Abwägung die EU vor zu hohen Verpflichtungen beim UN-Gipfel gewarnt –:

¹⁾ Namensverzeichnis der Teilnehmer der Wahl siehe Anlage 7